Unser Programm für Düsseldorf

Radikal menschlich.

DIE LINKE.

Am 1. Februar 2020 hat DIE LINKE. Düsseldorf ihr Kommunalwahlprogramm verabschiedet. Und dann kam Corona.

Wie unter einer Lupe vergrößert, zeigt die Corona-Krise, was in unserem Land und in unserer Stadt falsch läuft. Kaputtgesparte Kliniken, zu niedriges Kurzarbeitergeld und keine Unterstützung für Hartz-IV-Bezieher*innen und Wohnungslose. All die Arbeiter*innen in den sogenannten „systemrelevanten“ Berufen füllen unsere gesamte Gesellschaft und unseren Alltag mit Leben. Gleichzeitig werden sie schlecht bezahlt und müssen unter unzumutbaren Bedingungen in Krankenhäusern, Schlachthöfen oder auf Spargelfeldern arbeiten. Applaus ist angebracht - was aber wirklich benötigt wird, sind gute Löhne und massive Personalaufstockung. Die Doppelbelastung aus prekärer Beschäftigung und Kinderbetreuung trifft besonders Frauen*: DIE LINKE fordert deshalb einen deutlichen Ausbau der Kinderbetreuung und eine Arbeitszeitverkürzung bei voller Entlohnung - nur so kann die Lohn- und Sorgearbeit gerechter zwischen den Geschlechtern verteilen werden.

Wir werden keine corona-bedingten Rückschritte in der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in Kauf nehmen, sondern fordern mehr Unterstützung für Familien - insbesondere für Alleinerziehende.

Die Corona-Krise verursacht und beschleunigt eine Wirtschaftskrise von noch unabsehbarem Ausmaß. Wir werden dafür kämpfen, dass diese nicht auf dem Rücken der Beschäftigten, Rentner*innen und Erwerbslosen ausgetragen wird, während die Reichen ihre Geldbörsen weiter füllen und gleichzeitig nach Staatshilfe rufen. Besonders eindrücklich zeigt sich dieses Szenario derzeit in der Gesundheitsversorgung. Durch den Verkauf vieler Krankenhäuser an Kapitalgesellschaften und Privatpersonen, die Einführung der Fallpauschalen (DRG), die Auslagerung wichtiger Aufgabenbereiche an externe Unternehmen und die rigorose Sparpolitik im Gesundheitswesen ist eine gefährliche Situation für die Bevölkerung entstanden. Die Debatten über die Notwendigkeit des Bettenabbaus und der Schließung von Krankenhäusern, wie sie beispielsweise von der Bertelsmann-Stiftung und Landesgesundheitsminister Laumann gefordert wurden, haben sich in der Corona-Pandemie als völlig haltlos erwiesen. Die bereits erfolgten Schließungen haben zu einer handfesten Unterversorgung der Bevölkerung geführt.

Wir fordern, dass das Personal in den Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen und weiteren Gesundheitseinrichtungen deutlich aufgestockt wird und vor allem auch deutlich höhere Gehälter erhält. Für DIE LINKE ist klar: die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge – wie Krankenhäuser, der öffentlichen Nahverkehr oder die Strom- und Wasserversorgung – muss unter staatliche bzw. kommunale Kontrolle gestellt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass alle Menschen die bestmögliche Versorgung bekommen. So lange wie sich einige Wenige an unserer Versorgung bereichern, wird sie Profitlogiken und Sparmaßnahmen unterworfen sein.

Konkret erwarten die Stadt Düsseldorf Steuerverluste in dreistelliger Millionenhöhe. Wir brauchen trotz der coronabedingten Verschuldung der Rheinbahn eine sozialökologische Verkehrswende und keine unnötigen Prestigeprojekte wie den Bau der Flughafenlinie U81. Wir wollen auch jetzt bezahlbare Wohnungen für Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen und keinen weiteren Ausverkauf der städtischen Grundstücke. Wir wehren uns gegen Kürzungen von sozialen Projekten, die insbesondere für Kinder, Senior*innen, die LSBTIQ+ Community, Menschen mit Behinderungen oder Fluchterfahrung, Migrant*innen und Künstler*innen wichtig sind. Das nötige Geld muss als Vermögensabgabe der Reichen zusammenkommen, denn: Gemeinden alleine können die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen von Corona nicht stemmen. Für DIE LINKE Düsseldorf gilt: Niemanden zurücklassen. Ein gutes Leben der Vielen ist wichtiger als die Profite der Wenigen.

Liebe Düsseldorferinnen und Düsseldorfer, Sie entscheiden bei den Kommunalwahlen 2020: Soll es so weitergehen wie bisher? Die Schere zwischen Arm und Reich geht auch in Düsseldorf immer weiter auseinander. Mittlerweile verdienen 20 % der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer weniger als 1013 Euro im Monat. Das ist die offizielle Armutsgrenze.

Mit einer starken LINKEN gibt es in der Düsseldorfer Politik einen radikalen Kurswechsel. Wir schaffen eine Stadt, in der wir uns alle die Miete und Mobilität leisten können. Wir stehen auf der Seite der Menschen, die von der Anhäufung des privaten Reichtums ausgeschlossen sind. Deren Interessen stehen im Vordergrund unserer kommunalen Politik.

Deswegen wollen wir die Mitbestimmung und Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner ausbauen und stärken. Eine erfolgreiche Kommunalpolitik geht nur mit den Menschen und ihren Initiativen gegen den Klimawandel, Lärm, für den Erhalt ihrer Wohnungen, gegen sinnlose Prestigeobjekte, für Toleranz, Weltoffenheit und gegen jede Form von Rassismus. Wir kämpfen für die volle Gleichstellung von Frauen in Gesellschaft, Politik und Arbeitswelt.

Auch die drängenden Probleme von Klima- und Verkehrsbelastung müssen sozial gelöst werden. Mobilität darf keine Frage des Geldbeutels werden, wenn die Abgasbelastung verringert werden soll. Nicht gegen die Menschen, sondern nur mit den Menschen gelingt eine Verkehrswende. Den Einstieg in den Umstieg werden wir attraktiv machen, indem Bus und Bahn öfter und zuverlässiger fahren - und vor allem günstiger werden als das Auto. Den Umstieg auf das Rad werden wir attraktiv machen, indem mehr Radwege gebaut werden, auf denen man dann auch sicher vor Unfällen fahren kann.

Die Zukunft muss ein kostenloser öffentlicher Personennahverkehr für alle Düsseldorferinnen und Düsseldorfer sein: Mehr Busse und Bahnen; zuverlässig, eng getaktet und solidarisch finanziert.

Die Politik der Vergangenheit hat die wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge immer weiter privatisiert und so den kapitalistischen Profitinteressen untergeordnet.

Internationale Immobilienkonzerne ergreifen immer weiter Besitz von Düsseldorf, treiben die Grundstückspreise in die Höhe und in der Folge können sich Menschen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen das Leben in Düsseldorf kaum noch leisten. Nur noch 4,2 % der Wohnungen in Düsseldorf unterliegen der Preisbindung einer öffentlichen Förderung. 50 % der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer haben aber einen Anspruch auf so eine Wohnung. Wir, DIE LINKE Düsseldorf, werden bestehende günstige Wohnungen schützen, den Ausverkauf der städtischen Grundstücke stoppen und stattdessen eine massive Wohnungsbauoffensive starten.

In den vergangenen Jahren sind mit dem Verkauf der Stadtwerke und der Kliniken wichtige weitere Aufgaben der Daseinsvorsorge privatisiert worden. Diese Entwicklung wollen wir stoppen und umkehren. Die Versorgung der Menschen mit Energie und ihre Gesundheit darf nicht den Profitinteressen untergeordnet werden.

Wir werden uns immer für Toleranz und Weltoffenheit in Düsseldorf einsetzen. Menschen, die vor Krieg, Armut, Verfolgung, den Folgen des Klimawandels und Hunger fliehen, werden wir in Düsseldorf willkommen heißen. Das bedeutet aber auch, dass wir uns gegen rassistische Hetze und gegen plumpen Nationalismus stellen werden. Der Faschismus darf nie wieder und nirgendwo das Sagen haben.

Wollen wir, dass sich das Leben in unserer Stadt immer mehr auf die Innenstadt und ihre Großevents konzentriert? Die Stadt plant ein teures Prestigeprojekt nach dem nächsten. Gleichzeitig mangelt es in vielen Stadtvierteln an Kitas, es gibt immer weniger Einkaufsmöglichkeiten, Handwerksbetriebe und kulturelle Angebote. Diese Trends werden wir gemeinsam aufhalten. Das Kulturzentrum um die Ecke und die kleinen Handwerks- und Gewerbebetriebe, an denen auch in Düsseldorf viele Existenzen hängen, werden vor Verdrängung geschützt sein.
Wem gehört die Stadt? Diese Frage beantworten wir gemeinsam mit Ihnen. Wir gestalten gemeinsam mit den Düsseldorferinnen und Düsseldorfern eine soziale und zukunftsorientierte Stadt. Für eine Stadt dieser Art braucht es eine Mehrheit für eine starke soziale Partei. Wir als Partei DIE LINKE wollen diese Zukunft mit allen Menschen, die hier leben, gestalten – ob im Stadtrat oder auf der Straße. Dafür bitten wir am 13. September 2020 um Ihre Stimme und darüber hinaus um Ihr Engagement für ein sozial gerechtes und gemeinschaftliches Düsseldorf.

„Eine Stadt die sich alle leisten können.“

DIE LINKE will eine menschliche Stadt, in der allen, unabhängig vom Einkommen, ein gutes Leben möglich ist. Die neoliberale Privatisierungspolitik der letzten Jahrzehnte hat in vielen Bereichen zu einer massiven Unterversorgung geführt. Es ist eine Schande, dass in einer reichen Stadt wie Düsseldorf Menschen in der Unsicherheit leben, wie lange sie sich das Leben hier noch leisten können. Durch eine verlässliche Grundversorgung werden wir einen Schritt machen, um diese Unsicherheit zu beseitigen.

Eine sichere Grundversorgung

Angesichts hoher Lebenshaltungskosten in Düsseldorf muss die Stadt die AWISTA und die Stadtwerke wieder vollständig in kommunalen Besitz überführen und eine bezahlbare Grundversorgung mit Energie, Wasser und Wärme sichern. Die Stadtwerke sollen dafür als erstes einen Sozialtarif einführen. Niemandem dürfen Strom, Heizung oder Wasser gesperrt werden. Zur Grundversorgung gehört aber auch, dass es in allen Stadtteilen ausreichend Stadtbüchereien, Spielplätze und Sportplätze und Schwimmbäder gibt und gut erreichbar sind. DIE LINKE will Bus und Bahn vergünstigen und auf Dauer kostenlos nutzbar machen. Bis dahin fahren Düsselpass-Inhaber*innen mit der Rheinbahn für 10 Euro im Monat (Düsseldorfer Sozialticket).

Wohnungslosigkeit abschaffen

Wohnen muss für alle Düsseldorfer*innen leistbar sein: Darum sollen der Sozialwohnungsbau und der kommunale Wohnungsbau massiv verstärkt werden. Wohnen ist ein Menschenrecht, das die Stadt verwirklichen muss. Vor allen Dingen muss die Stadt einschreiten, wenn der Verlust der Wohnung droht. Für DIE LINKE ist die Beseitigung der Wohnungslosigkeit ein zentrales Ziel kommunaler Wohnungspolitik und wir nehmen nicht hin, dass Menschen auf der Straße oder in Notunterkünften leben müssen.

Hartz IV überwinden

DIE LINKE fordert die Wiedereinführung eines echten Arbeitslosengeldes und einer sanktionsfreien Mindestsicherung anstelle von Hartz IV. Bis dahin muss die Kommune die Leistungsbezieher*innen besser über ihre Rechte und Möglichkeiten aufklären. Sie wird beraten und unterstützen, statt Leistungsbezieher*innen mit Sanktionen zu terrorisieren. Der Zuschuss zu den Kosten der Unterkunft muss sich an den örtlichen Vergleichsmieten orientieren, damit niemand die Wohnung verliert, wenn er oder sie Sozialleistungen bezieht. Angebote der Kommune müssen für Düsselpassinhaber*innen kostenlos sein und der Kreis

der Anspruchsberechtigten vergrößert werden. Kommunal geförderte Beschäftigungsprogramme müssen ausgeweitet werden. Die Beschäftigungsverhältnisse müssen tariflich bezahlt und sozialversicherungspflichtig sein.

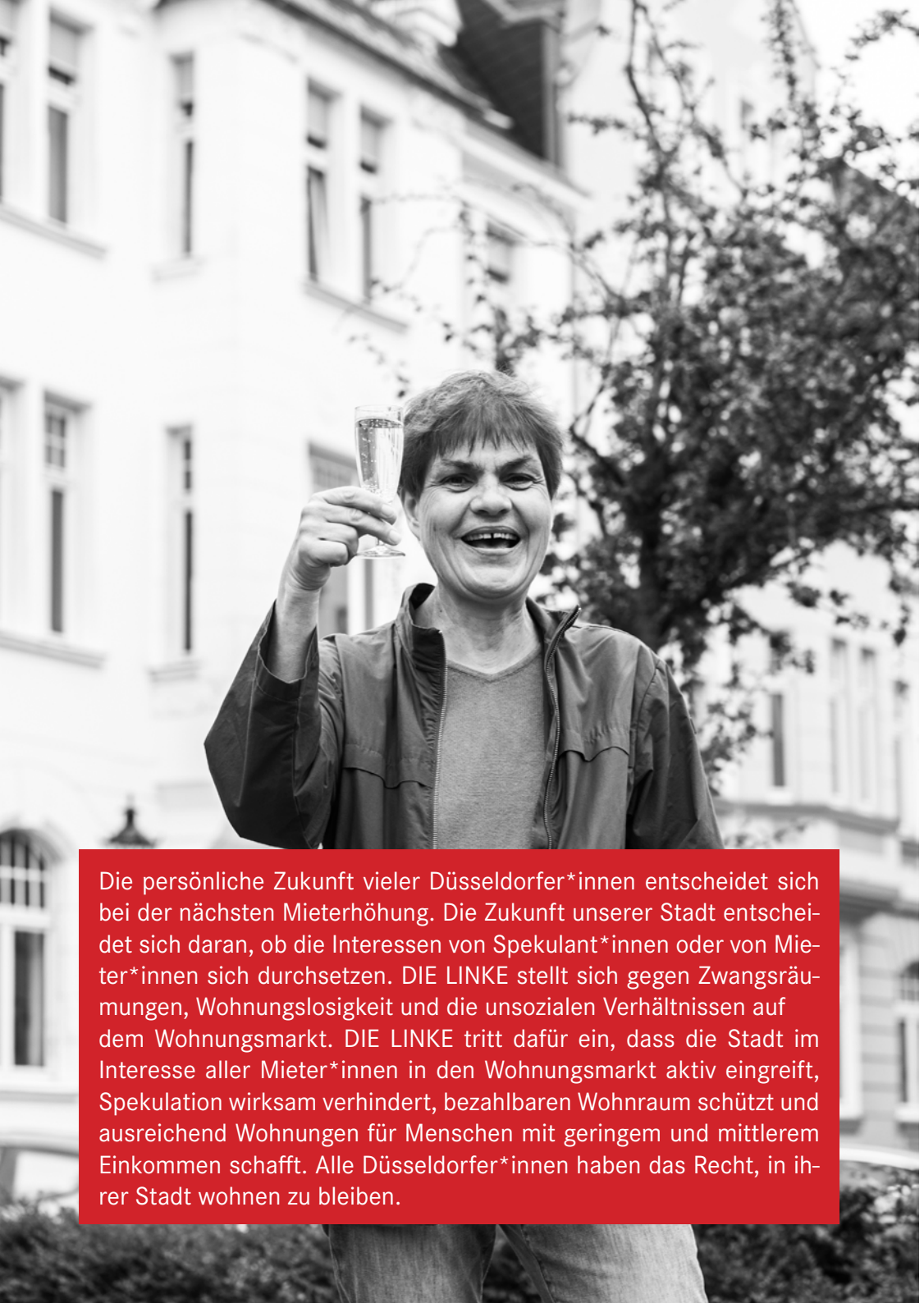
Gezielte Unterstützung

Frauen, Alleinerziehende, Migrant*innen und ältere Menschen haben in der teuren Stadt Düsseldorf besonders große Probleme, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Für diese Menschen müssen die bestehenden Angebote verstärkt und neue Programme aufgelegt werden.

Gesundheit ist keine Ware

Mit der Daseinsvorsorge darf kein Profit gemacht werden! Die SANA-Kliniken müssen zurück in städtisches Eigentum. Senior*innen- und Pflegeeinrichtungen müssen wieder von der Stadt übernommen werden. Wo sich Wohlfahrtsverbände aus der Kranken- und Pflegeversorgung zurückziehen, muss die Stadt die Trägerschaft übernehmen. Es braucht mehr Pfleger*innen, um eine menschliche und qualitativ hochwertige Versorgung sicherzustellen.

„Bezahlbares wohnen für alle!"



Die persönliche Zukunft vieler Düsseldorfer*innen entscheidet sich bei der nächsten Mieterhöhung. Die Zukunft unserer Stadt entscheidet sich daran, ob die Interessen von Spekulant*innen oder von Mieter*innen sich durchsetzen. DIE LINKE stellt sich gegen Zwangsräumungen, Wohnungslosigkeit und die unsozialen Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt. DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Stadt im Interesse aller Mieter*innen in den Wohnungsmarkt aktiv eingreift, Spekulation wirksam verhindert, bezahlbaren Wohnraum schützt und ausreichend Wohnungen für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen schafft. Alle Düsseldorfer*innen haben das Recht, in ihrer Stadt wohnen zu bleiben.

Wohnraum bleibt Wohnraum

In Düsseldorf stehen Wohnungen leer, weil ihre Besitzer*innen auf einen Weiterverkauf mit Profit spekulieren. Airbnb und andere Anbieter machen aus Mietwohnungen Tourist*innenunterkünfte, weil sich damit mehr Geld verdienen lässt. Damit dieser Zweckentfremdung der Boden entzogen wird, hat DIE LINKE eine wirksame Zweckentfremdungssatzung formuliert und in den Stadtrat eingebracht. Damit hätte die Verwaltung ein Instrument zur Verhinderung von spekulativen Leerstand und Missbrauch von Wohnraum als Tourist*innenunterkunft an die Hand bekommen. Dagegen ist die 2019 von der Ratsmehrheit gegen die Stimmen der LINKEN beschlossene Satzung völlig unzureichend und unwirksam und erfordert erhebliche Verbesserungen, um eine praktische Wirksamkeit zu erzielen: So müssen hohe Ausgleichszahlungen für Zweckentfremdungen bewirken, dass sich Spekulation mit Leerstand nicht mehr lohnt. Jede Ausgleichszahlung schafft andererseits eine finanzielle Basis für die Erhaltung und Schaffung sozialen Wohnraums. Gewährleistet wird die Prüfung und Sanktionierung mit mehr Personal und Kontroll- und Auskunftsrechten. So kann die Stadt, bezahlbaren Wohnraum langfristig und zweckgebunden erhalten und schaffen.

Verdrängung wird gestoppt

Immer mehr Düsseldorfer*innen sind von extremen Mieterhöhungen betroffen. Häufig werden die Mieterhöhungen mit Modernisierungsmaßnahmen begründet. Das führt zur Vertreibung vieler Menschen mit geringen oder mittleren Einkommen aus ihren Wohnvierteln. DIE LINKE wird solche Modernisierungen genehmigungspflichtig machen. Dazu kämpfen wir gemeinsam mit einer breiten Initiative dafür, dass zeitnah Milieuschutzsatzungen für betroffene Stadtteile eingeführt werden. Das wird der Verdrängung aus den Vierteln ein Ende setzen.

Wohnungslosigkeit ein Ende setzen

Ausnahmslos jeder Mensch hat das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung. Die Zahl von etwa 5.000 wohnungslosen Düsseldorfer*innen ist deshalb erschreckend. Wir als DIE LINKE nehmen nicht hin, dass Menschen auf der Straße oder in Notunterkünften leben müssen und dass Zwangsräumungen Menschen in die Wohnungslosigkeit reißen.
Daher ist für uns die Beseitigung der Wohnungslosigkeit ein zentrales Ziel kommunaler Wohnungspolitik. Wir werden verstärkt Wohnraum für diese Personengruppe schaffen und den Menschen schneller und langfristiger aus der Obdachlosigkeit helfen. Zudem soll die Stadt zusätzliche städtische Wohnungen für das Projekt „Housing First“ von fiftyfifty zur Verfügung stellen, damit wohnungslose Menschen zur Miete wohnen können. Finnland hat auf diese Weise Obdachlosigkeit abgeschafft.

Gemeinnützigen Wohnungsbau ausweiten

Neben der Wohnungsspekulation verschärft der Mangel an Sozialwohnungen die dramatische Wohnungssituation. Die Hälfte der Menschen in Düsseldorf hat Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Sie haben damit ein Anrecht auf eine Sozialwohnung, jedoch sind nur 4 % der Mietwohnungen Sozialwohnungen. Hinzu kommt, dass mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung fallen als neue gebaut werden. Wir werden die Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf (SWD) deshalb so aufstellen, dass sie zu einem stärkeren und vor allem stärker sozial ausgerichteten Wohnungsbauunternehmen wird. Wir werden städtische Grundstücke der SWD für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Der Wohnungsbestand der SWD soll durch ein Vorkaufsrecht auf Sozialwohnungen in kurzer Zeit stark vergrößert werden. Weiterhin wird es für Sozialwohnungen der SWD keine Mieterhöhungen nach Ablauf der Mietpreisbindung oder nach Modernisierungsmaßnahmen geben.
Satzungsergänzungen und -änderungen werden sicherstellen, dass die SWD dauerhaft städtisch bleibt und gemeinnützige Ziele hat. Damit die SWD im Interesse ihrer Mieter*innen handelt, werden außerdem Mieter*innenbeiräte eingerichtet.

Bedarfsgerecht bauen

In Düsseldorf werden unbezahlbare Luxuswohnungen als Geldanlagen für Spekulanten gebaut. Solche Bauprojekten werden wir nicht zustimmen. Es sollen nur noch Wohnungen entstehen, die für alle bezahlbar sind. Auch leerstehende Bürogebäude sowie Bundes- und Landesimmobilien wollen wir in Wohnraum umwandeln. So können wir eine klimaschädliche Verdichtung der Bebauung vermeiden und die wichtigen Grünflächen weitgehend erhalten.

Immobilienkonzerne enteignen

65 % der Investitionen in den Düsseldorfer Immobilienmarkt werden inzwischen von internationalen Finanzkonzernen getätigt. Die Privatisierung der Wohnungsunternehmen wie der LEG oder der Werkswohnungen der Rheinbahn haben zu katastrophalen Folgen für die betroffenen Mieter*innen geführt. Wohnen ist ein wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge und gehört nicht in die Hände privater, profitorientierter und international agierender Immobilienkonzerne. Neben den Möglichkeiten der kommunalen Einflussmöglichkeiten fordert DIE LINKE von der Landes- und Bundesregierung eine Vergesellschaftung gewinnorientierter Wohnungskonzerne, die gesetzliche Verankerung eines Mieterhöhungsstopps und eine langfristige, verbindlich angelegte Mietpreisobergrenze. Modernisierungskosten sollen nicht länger auf die Mieter*innen umgelegt werden können.

„Mobilität für alle!"

Die Düsseldorfer*innen leiden unter Verkehrschaos und schlechter Luft, weil diese Stadt für das Auto umgebaut wurde. Nach dem Dieselskandal aber gehören Autofahrer*innen zu den Verlierer*innen. Mit Umweltspuren und vielleicht sogar Fahrverboten muss die Stadt die gesetzlichen Normen für die Luftverschmutzung einhalten.
DIE LINKE will die Verkehrswende nicht zu Lasten von Menschen mit mittleren und geringen Einkommen umsetzen. Eine sozial gerechte Verkehrswende wird einen Verkehr gewährleisten, der sicher, barrierefrei, komfortabel und ökologisch nachhaltig ist. Darum werden wir Radverkehr, Bus und Bahn und die Mobilität zu Fuß zu echten Alternativen machen.

Sicherheit auf den Straßen für alle

Für Sicherheit sorgen wir mit einer Höchstgeschwindigkeit innerhalb der Innenstadt Düsseldorfs von 30 km/h. Zudem werden auf geeigneten Straßen baulich abgetrennte Fahrstreifen nur für Radfahrer*innen eingerichtet. Das erhöht die Sicherheit für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen. Wir setzen uns mit geeigneten Maßnahmen dafür ein, dass der Fahrradanteil in Düsseldorf auf mindestens 25 % steigt. Um Fußgänger*innen zu schützen, werden wir zu enge Gehwege auf Kosten von Parkplätzen verbreitern, verstärkt Zebrastreifen und eine Ampelvorrangschaltung für Fahrrad, Fußverkehr und ÖPNV einführen.

Barrierefreiheit mit Bus und Bahn

Der barrierefreie Ausbau aller Haltestellen und ihre Ausstattung mit Bänken und wetterfesten Wartehäuschen sollten bis 2025 abgeschlossen sein. Mobilität wird in Düsseldorf in Zukunft für alle Menschen auffindbar, zugänglich und nutzbar sein. Das Chaos privater Leihrad- und Leihroller-Anbieter auf unseren Gehwegen werden wir beenden. Leihroller und -räder werden in das Angebot der Rheinbahn integriert.

Mehr Bahnen, mehr Personal, mehr Komfort

Die Rheinbahn soll deutlich mehr Fahrzeuge anschaffen und mehr Fahrer*innen einstellen, um in kürzeren Abständen zu fahren - auch nachts und an Sonn- und Feiertagen und auch in den Stadtteilen. Weitere Linien sollen zudem die Stadtteile untereinander besser verbinden. Perspektivisch soll eine Ringbahn entstehen, welche die Stadtviertel verbindet. Nur so wird die Rheinbahn attraktiver.

Bei der Anschaffung der neuen Fahrzeuge wird neben der Klimafreundlichkeit und der Barrierefreiheit auch der Komfort eine wichtige Rolle spielen - bequeme Sitze, gute Belüftung, kostenloses WLAN.

Bessere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an Mobilitätsstationen und Bahnhöfen, insbesondere am Hauptbahnhof, werden den Übergang

zwischen den umweltfreundlichen Verkehrsmitteln erleichtern. An Haltestellen, wie auch an viel frequentierten Gehwegen werden Bänke für Senior*innen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität verstärkt aufgestellt. Damit wird ebenfalls der Fußverkehr komfortabler.

Ökologischer Verkehr und Transport

Ökologisch nachhaltige Verkehrsmittel sind die Zukunft. Wir werden jetzt Fahrverbote für Besitzer*innen von Dieselfahrzeugen vermeiden, werden diese Fahrzeuge aber mittelfristig nicht mehr in Düsseldorf haben. Das geht nur, indem wir die Park- & RideMöglichkeiten ausbauen und gebührenfrei gestalten.

Um die Klimaziele bis 2030 zu erreichen, wird der Güterverkehr für Handel und Gastronomie mit möglichst wenigen und emissionsfreien Lieferfahrzeugen abgewickelt werden. Die private Paketzustellung wird ebenfalls so reguliert werden, dass die Auslieferung mit möglichst wenigen, emissionsfreien Fahrzeugen erfolgt.

Der Flughafen wird nicht vergrößert und es werden keine weiteren Start- und Landerechte erteilt. Nachtflugverbote werden strikt eingehalten. Wir setzen uns für die Abschaffung von Inlands- und Kurzstreckenflügen ein. Es gilt unvermindert der gerichtliche „Angerlandvergleich“ von 1965. Weitere Maßnahmen zum Schutz der Natur werden geprüft.

Der Lärmschutz für Anwohner*innen von Bahnstrecken und Flughafen wird durch bauliche Maßnahmen sowie Fahrzeug- und Schienenausstattung, nicht nur bei der Rheinbahn, verbessert.

Sozial gerechte Verkehrswende

Eine ökologische Verkehrswende funktioniert nur, wenn sie auch sozial ist. Als Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV wird eine Mobilitätsflatrate für 30 Euro im Monat eingeführt, welche auch Freiminuten für Leihfahrräder und andere Sharingangebote enthalten wird.

Zusätzlich wird ein Düsseldorfer Sozialticket für zehn Euro pro Monat eingeführt. Düsseldorfer*innen über 60 und Schüler*innen werden ebenfalls zu diesem günstigen Tarif mit dem ÖPNV fahren.

Im nächsten Schritt wird der ÖPNV kostenlos und fahrscheinfrei. Zunächst werden die Sozial-, Schüler*innen- und Senior*innentarife kostenlos, danach werden alle Menschen den kostenlosen ÖPNV genießen können. Mobilität ist Teilhabe. Finanziert wird sie sozial gerecht und solidarisch. Deshalb wird zur Finanzierung vor allem eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen bzw. speziell für Hotels eingeführt und eine Erhöhung der Gewerbesteuer umgesetzt.

Um die Verkehrsprobleme Düsseldorfs solidarisch zu lösen, muss es auch ein günstiges ÖPNV-Angebot für Pendler*innen geben. Dazu wird es eine Zusammenarbeit mit den angrenzenden Städten und Kommunen geben.Wir setzen auch im Verkehr auf Kooperation statt Konkurrenz.

Kein Umbau des Reisholzer Hafens

Ein weiteres Anliegen ist uns die Verhinderung des „internationalen Reisholzer Containerhafens“ , der damit verbundenen gut 1500 LKW-Fahrten mehr am Tag und der nötigen Rheinvertiefung bis Dormagen. Dies hätte unter anderem große ökologische Schäden am Rheinboden sowie eine Austrocknung und die Versandung der Urdenbacher Kämpe zur Folge. Wir unterstützen damit die Initiative „Hafenalarm“ und sind weiterhin für einen Ausbau von Schienengüterverkehr als alternativer Transportmöglichkeit.

„Der Klimawandel ist eine Systemfrage.“

KLIMA RETTEN

NICHT

DEN KAPITALISMU

DIE LINKE will einen sozial-ökologischen Umbau, der die Wirtschaft in die Verantwortung nimmt und den Menschen umweltfreundliches Handeln unabhängig vom Geldbeutel ermöglicht. Um die Umwelt vor Verschmutzung zu schützen und um das Leben in Düsseldorf gesünder und lebenswerter zu gestalten, müssen die Verursacher*innen ihren Beitrag leisten - das sind vor allem die Konzerne. Es wäre unsozial, die Verantwortung für die Umwelt allein bei den Privathaushalten und Einzelpersonen abzuladen, die bereits jetzt unter den hohen Lebenshaltungskosten in Düsseldorf leiden.

Für ein sozial-ökologisches Düsseldorf

Große Städte tragen weltweit am meisten zum Klimawandel bei. Sie produzieren 70 % des Klimakillers CO2. Gleichzeitig treffen die Folgen des Klimawandels, wie Hitzewellen und Starkregen, insbesondere die Städte.

Als Düsseldorfer*innen haben wir deshalb ein besonderes Interesse an der Bekämpfung des Klimawandels. Die Stadt braucht weniger Versiegelung, weniger Beton. DIE LINKE hat sich als einzige Partei gegen Mammut-Bauten wie den Kö Bogen und sinnlose Steinwüsten wie die Open-Air-Fläche an der Messe eingesetzt. Hitzewellen müssen wir durch große Frischluftkorridore durch die Stadt, durch mehr zusammenhängende Grünzonen und klugen Einsatz von Wasser mildern. Dach- und Fassadenbegrünungen werden bei jedem Bauprojekt Standard werden. Jede Wasserfläche und jeder grüne Vorgarten wird unser Stadtklima positiv beeinflussen.

Die Stadtverwaltung findet aktuell keinen Platz für neue Baumpflanzungen. Dieser Platz muss geschaffen werden. Eine Möglichkeit dazu ist, dass bei Bauvorhaben in Zukunft mindestens das Doppelte an Fläche, die versiegelt wird, andernorts entsiegelt wird. Eine erfolgreiche Verkehrswende wird es unter anderem möglich machen, Parkplätze in Grünflächen für Urban Gardening und Wildblumenwiesen umzuwandeln. Wir setzen uns dafür ein, dass auf städtischen Grundstücken und Freiflächen nicht ständig beispielsweise Büsche zurückgeschnitten werden.

Damit soll die Existenz von Vögeln und Insekten gesichert werden.
Eine Verbesserung unserer Lebensqualität bedeutet auch ein Umdenken in der Gestaltung der Freizeitangebote. Muss man unter einem Heizpilz sitzen, um die Altstadt im Winter zu genießen? Solche Fragen werden wir gemeinsam beantworten, damit sich Düsseldorf nachhaltig entwickeln kann.

Saubere Energie unter demokratischer Kontrolle

DIE LINKE will Solarenergie auf allen städtischen Gebäuden. Aber es wird nicht reichen, ein paar Solarmodule mehr zu installieren. Umweltschutz in einer kapitalistischen Gesellschaft stößt an Grenzen, wenn es nur um Profit geht.

Deshalb gehört die Energieerzeugung in städtische Hand. Die Stadt wird wieder eine Mehrheit an den Stadtwerken erwerben. Die Stadtwerke werden dann vollständig auf echten Ökostrom mit Herkunftsnachweis setzen. Natürlich gehört auch das Stromnetz wieder in kommunale Hand.

Ethisch und umweltpolitisch verantwortungsvolles Handeln soll für alle Investitionen der Stadt gelten. Geldanlagen der Stadt sollten den Düsseldorfer*innen nützen, aber nicht auf Kosten anderer Kommunen oder der Umwelt gehen.

Auch Lichtquellen stellen eine Belastung für Umwelt und Menschen dar. Maßnahmen wie intelligente Straßenlaternenschaltung, LEDs geringer Lichtstärke, warmes Licht und das Ausschalten unnötiger Strahler, wie beispielsweise in Werbetafeln, können die Lichtverschmutzung mindern.

Sauberes Wasser - Umweltgifte reduzieren

Wir setzen uns gegen den Einsatz von Umweltgiften aller Art ein. Wir haben erreicht, dass Glyphosat bei der Verpachtung städtischer Flächen verboten ist. Wir werden jetzt auch ein Verbot von Neonicotinoiden und anderen Umweltgiften umsetzen.

Auch die strikte Umsetzung des Streusalz-Verbots soll die Qualität unseres Wassers verbessern. Umweltfreundliche Alternativen zum Streusalz sollen besser beworben werden. Für die Qualität unseres Trinkwassers ist entscheidend, dass die Düsseldorfer Kläranlagen mit einer vierten Reinigungsstufe ausgestattet wer-

den, um die wachsende Belastung durch Mikroschadstoffe wie Medikamentenreste wirkungsvoll auszufiltern. Sobald wie möglich soll auch Mikroplastik ausgefiltert werden. Auch emissionsmindernde Maßnahmen an Schiffen der Köln-Düsseldorf Deutsche Rheinschiffahrt AG müssen verpflichtend werden. Eine an Klimafolgen angepasste Deichsanierung ist ebenfalls unumgänglich, wobei so viele Bäume wie möglich gerettet werden müssen.

Müll vermeiden und klug recyceln

DIE LINKE setzt sich für eine regionale Kreislaufwirtschaft als Gegenmodell zur globalen Wegwerfgesellschaft ein. Müll soll generell vermieden und zu einem höheren Anteil recycelt werden. Neben einer Verbesserung der Recyclingangebote bedeutet dies die Durchführung von Kampagnen und Projekten an Düsseldorfer Schulen und in Kooperation mit anderen Bildungseinrichtungen.

Mithilfe von Kompostieranlagen an verschiedenen Orten der Stadt soll es Einwohner*innen möglich sein, kostenlos Biomüll zu entsorgen. Neben der Kompostierung soll perspektivisch von den Stadtwerken durch den Bau einer großen Vergärungsanlage Biogas erzeugt und in Wärme und Energie umgewandelt werden. Hierzu soll auch auf die AWISTA eingewirkt werden, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. Generell gehört die Awista wieder komplett in städtische Hand.

Eine Förderung der Leihkreisläufe und Pfandsysteme für Geschirr und Umverpackung in der lokalen Gastronomie und in Supermärkten ist ein weiterer Baustein eines effizienten und nachhaltig ausgelegten Recyclingsystems. Beispielsweise wird ein einheitlicher „Düsseldorf-Becher“ für „to-go“-Getränke eingeführt.

„Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht“

Die integrierte Gesamtschule - Eine Schule für alle

Auch in Deutschland hängt Bildung immer noch stark von vom Bildungsstand und Geldbeutel der Eltern ab. Das liegt vor allem an dem mehrgliedrigen Schulsystem, welches diese soziokulturellen Unterschiede noch verstärkt. Wir brauchen eine Schule, die darauf ausgerichtet ist, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihren sozialen und persönlichen Voraussetzungen den besten Lernfortschritt zu ermöglichen. Die integrierte Gesamtschule ist diejenige Schulform, die den Kindern durchgängig von Klasse 5 bis zum Abitur die besten Möglichkeiten bietet. Gegenüber den getrennt weiterführenden Schulformen erreichen wesentlich mehr Schüler*innen mit Migrationshintergrund und/oder aus sozioökonomisch belasteten Familien das Abitur oder Fachabitur.

DIE LINKE tritt für eine gute und kostenfreie Bildung von der KiTa bis zur Hochschule ein. Wir fordern kostenfreies Mittagsessen in KiTas und Ganztagsschulen. Für Düsselpassbesitzer*innen fordern wir kostenlose Teilnahme an der ClaraSchumann-Musikschule und der Volkshochschule. Wir fordern den Ausbau der Schulsozialarbeit für den offenen und gebundenen Ganztag in multiprofessionellen Teams anhand ei- nes Sozialindexes der jeweiligen Schule.

Inklusion

Nach wie vor sind die Bedingungen für eine schulische Integration katastrophal. Kinder, Lehrer*innen und Eltern leiden unter den mangelhaften Voraussetzungen für eine Inklusion, die Alle einschließt. Wir werden uns in Düsseldorf weiterhin für die inhaltlichen, sachlichen und personellen Voraussetzungen für die Inklusion einsetzen. Bis zu deren Verwirklichung werden wir der Einrichtung inklusiver Schwerpunktsschulen zustimmen. Diese sollen saniert und mit ausreichend qualifiziertem Lehrpersonal ausgestattet werden. Eine inklusive Integration können die Kommunen aber nicht alleine stemmen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen mehr finanzielle Mittel von Land und Bund erhalten.

„Kultur braucht Stadt -
Stadt braucht Kultur.“

Demokratische Kultur heißt frei zugängliche Kultur

DIE LINKE setzt sich schon lange für freien Zugang zur Kunst, unabhängig von Herkunft und finanziellem Status ein. Kunst und Kultur sind von großer Bedeutung für die soziale Teilhabe in der Stadt. Aus diesem Grund wird DIE LINKE in allen städtischen Kultureinrichtungen Kinder und Senior*innen freien Eintritt gewähren. Erwachsenen wird der Zugang zu Kultur ebenfalls erleichtert werden, indem diesenach dem "Zahl, so viel du willst"-Prinzip selbst entscheiden können, wieviel sie beispielsweise für den Museumsbesuch zahlen wollen und können.

Kulturelle Bildung in Schulen fördern

Aus Sicht der LINKEN bedeutet Bildung nicht lediglich die schulische Ausbildung, sondern auch die Chance auf Selbstentfaltung und Selbstbestimmung. Bildungsinstitutionen können hier jedoch aktiv werden, indem sie im schulischen Rahmen Platz für kreative Angebote und Kooperationen mit Kunst-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen schaffen. DIE LINKE wird die Stadt stärker für diese Kooperationen zur kreativen, kulinarischen und sportlichen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen werben lassen. Außerdem werden die Projekte umfassend und langfristig städtisch gefördert, damit alle Schulen und somit alle Schüler*innen unabhängig von der finanziellen Lage daran teilhaben können.

Rosenmontag für alle

Ob jeck oder nicht, der Karneval hat in Düsseldorf eine zentrale Bedeutung. Jung und alt schlüpfen in farbenfrohe Kostüme und genießen zusammen das Ende des Winters. UND: De facto ist der Rosenmontag ein Feiertag. Große Teile des Einzelhandels sind geschlossen. Firmen geben ihren Angestellten frei, nötigen sie zum frei nehmen oder gestalten andere vertragliche Regelungen zu Lasten der Beschäftigten.

Wir werden uns, sollte es dazu Mehrheiten auch in Köln oder anderen Karnevalsgemeinden geben, gemeinsam für einen regionalen Feiertag am Rosenmontag einsetzen, welcher von der Mehrheit im Landtag beschlossen werden muss. Zukünftig können dann alle gemeinsam jeck sein, die es auch möchten. Alle anderen können entfliehen und wer dennoch arbeitet, wird sich über den Feiertags-Zuschlag freuen können.

Ein inklusives Düsseldorf für Kinder und Jugendliche.

Die Stadtentwicklung der letzten Jahrzehnte war von privatwirtschaftlichen Interessen und nicht von einer familienfreundlichen Stadtentwicklung geprägt. Leidtragende sind Kinder und Familien, insbesondere jene mit geringem und mittlerem Einkommen. Die LINKE steht für eine Kehrtwende, auch in diesem Politikfeld.

Gute, gebührenfreie Kitas für alle

Trotz des seit 2013 bestehenden Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr sind verlässliche, gute Ganztagsangebote bei den Unter-Dreijährige und teilweise für Über-Dreijährige nicht ausreichend verfügbar. Die LINKE wird das kommunale Kita Angebot ausbauen, damit jede Familie, von Anfang an, entsprechend der elterlichen Wünsche den Betreuungsanspruch wahrnehmen kann. Damit Kinder bereits von Klein an Inklusion leben können, werden Kitas, Kindergärten und Schulen in ihrer Gestaltung barrierefreier und inklusiver. Auch Begleitangebote, wie beispielsweise Gebärdensprachdolmetscher werden stärker unterstützt.

Der Kita-Neubau erfolgt durch kommunale Bauträger statt durch Privatinvestor*innen, an die keine Grundstücksvergabe stattfinden wird. Kita-Neubauten bleiben in kommunaler Hand und mehr Personal wird eingestellt.

Jedem Kind steht in seiner Tagespflegeeinrichtung, seiner Kita oder in der schulischen Ganztagsbetreuung ein kostenloses, hochwertiges Essen zu. Auch die Versorgung mit einem kindgerechten Frühstück wird gewährleistet. Dieser Anspruch gilt unabhängig vom Gehalt oder Beschäftigungsstatus der Eltern und wird mit der Partei Die LINKE vor allem von Anfang an beitragsfrei sein.

Kostenlose Freizeitangebote

Für Kinder und Jugendliche werden vermehrt kostenfreie, bzw. kostengünstige Freizeit- und Betreuungsangebote in den Schulferien bereitgestellt. Statt Flächen für schicke Büroflächen und der Event-Maschinerie zu versiegeln, entstehen neue naturnahe, barrierefreie und pädagogisches wertvolle Areale. Die Spielplatz-Versorgung kommt auf den Prüfstand, damit jedes Quartier ausreichend inklusive Spielareale vorweisen kann. Selbstverwaltete Jugendfreizeiteinrichtungen sowie städtische Jugendclubs werden geschaffen, besser gefördert und mit

(sozial-)pädagogischen Fachkräften ausgestattet. Kommunale Bäder und Schwimmangebote werden verbessert, da gelerntes Schwimmen Leben rettet.

Stärkung der Partizipation durch Jugendliche

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen wird gestärkt. Fokusgruppengespräche, beispielsweise bei Bauvorhaben werden eingesetzt damit die derzeitige pro forma Beteiligung ein Ende findet. Der Jugendrat, über den Partizipation zum Ausdruck gebracht wird, erhält eine finanzielle Grundlage. Die Priorisierung der Anliegen von Familien, Kindern und Jugendliche, vor den Anliegen der bislang übermächtigen Privatwirtschaft - hierfür steht die Partei Die LINKE.

„Gleichstellung in der Kommune.“

Frauen sind im Alltag häufig von struktureller Diskriminierung und sexualisierter Gewalt betroffen. DIE LINKE als feministische Partei nimmt diesen Zustand nicht hin. Ebenso wie Frauen sind Menschen mit den unterschiedlichsten sexuellen Orientierungen, Arbeiterkinder, Menschen mit Fluchterfahrungen und Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen von Alltagsrassismus und Diskriminierung betroffen. DIE LINKE steht für eine weltoffene und diskriminierungsfreie Gesellschaft und Politik ein.

Gerechte Bezahlung

Unbezahlte weibliche Sorge-Arbeit und der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern führen zu erheblichen Einkommensunterschieden und Altersarmut. Mit Informationskampagnen für Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen ermutigen und stärken wir Frauen und andere gesellschaftliche Gruppen, gerechtere Löhne einzufordern und sensibilisieren Arbeitgeber*innen, Lohndiskriminierung ein Ende zu setzen. Insbesondere die Wirtschaftsfördergesellschaft, die IHK und die Agentur für Arbeit werden für diese Themen sensibilisiert und Mitarbeiter*innen gezielt geschult, um den Einfluss auf die Privatwirtschaft zu erhöhen. In der öffentlichen Verwaltung wird eine Kommission eingesetzt, die gegen Lohnunterschiede und Diskriminierungen vorgeht. In der öffentlichen Verwaltung werden Frauen gezielt gefördert, um Leitungspositionen weiblicher zu besetzen. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Unterstützung von berufstätigen Alleinerziehenden sind wichtige Anliegen, wenn es um eine gendergerechte Bezahlung geht.

Frauengerechte Stadtplanung

Viele Frauen leisten neben der Berufstätigkeit auch unbezahlte Sorge- und Familienarbeit. Deshalb wird die Stadt eine familienfreundliche Infrastruktur gewährleisten, um Frauen im Alltag zu entlasten. Dazu soll es in den Vierteln ausreichend Einkaufsmöglichkeiten, Kitas, Dienstleistungsangebote und Parks geben. Kostenlose Freizeitangebote und gemeinwohlorientierte Angebote kommen besonders Alleinerziehenden und Familien zugute. Aus diesem Grund werden wir festsetzen, dass zukünftige Entscheidungen der Stadtplanung schon im Voraus auf ihre geschlechtsspezifischen Konsequenzen überprüft werden. Dabei werden auch Sicherheitsaspekte aus einer weiblichen Perspektive mitbedacht werden. Außerdem setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass alle Straßen, die in den nächsten Jahren neu oder umbenannt werden, Frauennamen erhalten. Diese Regelung gilt mindestens solange, bis das Verhältnis zwischen Männer- und Frauenstraßennamen gleich ist.

Mehr Hebammen für Düsseldorf

Viele Frauen benötigen während der Schwangerschaft Begleitung durch eine Hebamme zur notwendigen Versorgung, was in Düsseldorf nicht gewährleistet ist. Das ist eine Zumutung. Wir werden alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um die Arbeitsbedingungen von Hebammen zu verbessern. Damit sollen mehr Hebammen für Düsseldorf gewonnen werden. Auch werden wir das Geburtshaus bedarfsgerecht fördern.

Frauenhäuser - Schutz vor Gewalt garantieren

In den letzten Jahren gab es einen Anstieg in der angezeigten häuslichen Gewalt. Gleichzeitig sind die Frauenhäuser in Düsseldorf vollkommen ausgelastet. So müssen jedes Jahr mehrere Hunderte hilfesuchende Frauen abgelehnt werden, schlichtweg weil die Frauenhäuser keine freien Plätze und zu wenig Personal haben.

Die Förderung der Frauenhäuser wird daher umgehend verstärkt. Mehr Personal und größere Räumlichkeiten sind nötig. Außerdem wird die Stadt weitere Frauenhäuser einrichten, um die bestehenden Einrichtungen zusätzlich zu entlasten. Frauenhäusern wird ermöglicht, allen Frauen, auch Migrant*innen und Frauen mit Migrationshintergrund und sprachlichen Barrieren ein Angebot zu machen. DIE LINKE fordert die Förderung und Bekanntmachung von Hilfs- und Aufklärungsprogrammen gegen häusliche Gewalt.

Umfassende Förderung von Gleichstellungsprojekten

Wir werden ermöglichen, dass die Stadt Vereine und Projekte mit dem Ziel der Gleichstellung finanziell und räumlich stärker unterstützt. Damit soll die Empowerment-Arbeit und die Selbsthilfe erleichtert, ausgebaut und sichere Treffpunkte für Mädchen, junge Frauen, queere Jugendliche und Menschen mit Fluchterfahrungen jeglicher Herkunft garantiert werden. Organisationen, die sich gegen jede Form von Rassismus stellen und somit der Zivilgesellschaft und Demokratie dienen, werden gezielt gefördert. Auch Netzwerke und Unterstützungsdienstleistungen für Alleinerziehende werden bedarfsgerechter gefördert.

Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe. Über 30 % der Bevölkerung treiben im und auch ohne Verein regelmäßig Sport. Diese Teilhabe wird in Zukunft inklusiv, barrierefrei und demokratisch sein. Düsseldorf besitzt in Bezug auf Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder eine gute Infrastruktur. Diese wird den Schulen und Vereinen, aber auch vereinslosen Sporttreibenden, bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden.

Besondere Förderung von Mädchen

Besondere Sportangebote für Mädchen und Frauen, wie Mädchenfußball-Teams oder Selbstverteidigungskurse, sind ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Selbstbestimmung und der Gewaltprävention. Wir begrüßen die verstärkte Hinwendung zum Frauen- und Mädchensport in Düsseldorf. Dabei wird sich die Stadt jedoch nicht zu sehr auf Leistungssportlerinnen fokussieren, sondern ein breites Angebot für alle interessierten Mädchen bereitstellen.

Sport und Gesundheit unabhängig vom Einkommen

Wir werden Anreize für Eltern und Kinder schaffen, schon in jungen Jahren Sport zu treiben. Zum einen wird die Stadt eine Initiative für den Vereinssport starten, indem sie für alle Erstklässler*innen in Düsseldorf ein Jahr lang den Beitrag für einen Sportverein übernimmt. Für Düsselpassbesitzer*innen soll der Beitrag weiterhin gezahlt werden. Schwimmen zu können ist immer weniger selbstverständlich, aber lebenswichtig. Deshalb werden Jugendliche kostenlosen Eintritt in den Schwimmbädern erhalten. Außerdem werden wir die Ausweitung der Öffnungszeiten aller Schwimmbäder für die Öffentlichkeit ermöglichen. Zusätzlich werden wir bei Sportveranstaltungen deutlich ermäßigte Sozialtarife einführen.

Unterstützung der Sportvereine und Spielstätten

Damit die sportliche Vereinskultur in den Stadtteilen erhalten bleibt und auch jüngere Menschen anspricht, bedarf es einer umfassenden Unterstützung der Vereine. Dafür werden wir Sportstätten erhalten, ausbauen und barrierefrei gestalten.

Da der Sport ein Motor der Inklusion von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kulturen und Religionen ist, setzen wir uns besonders für die Förderung von Vereinen und Projekten ein, die sich in diesem Bereich engagieren. Außerdem wird die Kooperation mit sozial ausgerichteten Fanprojekten weiterentwickelt und gefördert.

„Teilhabe von Senior*innen"

Viele Senior*innen sind nach ihrem Berufsleben und der Kindererziehung ehrenamtlich tätig, egal ob in einem Verein, bei Kirchen, Gewerkschaften, Parteien oder Wohltätigkeitsorganisationen. Häufig kümmern sie sich noch um die Enkel und unterstützen so die Berufstätigkeit ihrer Kinder. Sie leisten damit wichtige Arbeit. für die Gesellschaft, meist ohne Vergütung. Die aktiven Alten sind sehr engagiert, wie sich auch an der Arbeit des Seniorenrates zeigt. Allerdings gilt es die Arbeit des Seniorenrates bekannter zu machen und die Wahlen weiter zu demokratisieren.

Ein Arbeitsleben mit unterbrochenen Erwerbsbiographien und Teilzeitbeschäftigung ergibt im deutschen Rentensystem eine sehr geringe Rente. Insbesondere die durchschnittliche Rente der Frauen liegt bei 640 Euro und reicht überhaupt nicht. Für sie stellt sich jeden Monat wieder neu die Frage: Wie komme ich über die Runden? Die Miete und sonstige Lebenshaltungskosten sind zu hoch und die Rente ist zu gering. Der Anteil der Rentner*innen, die bei der Tafel anstehen oder in den Müllbehältern nach Pfandflaschen suchen, nimmt auch in Düsseldorf ständig zu. Überall schlagen die Kürzungen der Rente der letzten Jahrzehnte voll zu Buche, während diejenigen, die ihren Lebensunterhalt aus Kapital- oder Immobilienbesitz bestreiten können, meist üppige Einkommen haben.

Die Zahl der alleinlebenden Senior*innen nimmt auch in Düsseldorf zu, oft ist dies mit sozialer Isolation und Einsamkeit verbunden. Wir treten für die Schaffung von gut ausgestatteten, generationenübergreifenden Begegnungshäusern in jedem Stadtteil ein, wo neben preiswerten Verköstigungen und kulturellen Angeboten auch Beratungen durch Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen Standard sind. Wohnprojekte Jung/Alt können sich heute nur finanziell gut ausgestattete Menschen leisten. Deshalb erhält die städtische Wohnungsbaugesellschaft SWD den Auftrag, solche Projekte auf der Grundlage neuester Konzepte zu günstigen Mietbedingungen zu entwickeln und zu bauen.

Für gute kommunale Pflegeeinrichtungen

DIE LINKE tritt dafür ein, dass Menschen, die pflegebedürftig sind, so lange wie möglich in ihrer eigenen Wohnung leben können. Die Pflege geschieht dort überwiegend durch Familienangehörige. Hier muss in pflegerischer und finanzieller Hinsicht eine stärker staatliche Unterstützung erfolgen.

In Düsseldorf fehlen 1100 Pflegeplätze und noch mehr Pflegekräfte. Das Ergebnis ist, dass Menschen, die in den Heimen leben müssen, oft schlecht versorgt werden und ihren Lebensmut verlieren. Auch in der Pflege wollen die Betreiber*innen der Heime zuallererst Profite erwirtschaften und sparen an allen Ecken und Enden, vor allem an Personal.
Es rächt sich, dass die Stadt ihre Pflegeheime und Krankenhäuser an private Betreiber verkauft hat und sich nun dem Pflegenotstand gegenübersieht. Deswegen gilt es, die Gesundheits- und Pflegeversorgung wieder in städtische Hand zu bringen und massiv in die Ausbildung von Pflegekräften zu investieren und den Pflegeberuf attraktiv zu machen. Wichtig sind ausgebildete Fachkräfte auch in der ambulanten Pflege, was heute leider oft nicht der Fall ist.

Senior*innengerechter ÖPNV

Damit Senior*innen in der Stadt mobil sein können, gilt es das Angebot der Rheinbahn senior*innengerecht zu gestalten. Dazu gehört der weitere barrierefreie Ausbau der Haltestellen und mehr Freiflächen in Bus und Bahn für Menschen mit Rollatoren, Rollstühlen und Kinderwagen. Außerdem wird DIE LINKE für Rentner*innen den ÖPNV schnellstmöglich kostenlos machen - als ersten Schritt hin zu einem kostenlosen ÖPNV für alle.

Die Gestaltung des öffentlichen Raumes darf sich nicht länger an den Interessen der profitorientierten Privatwirtschaft orientieren, sondern muss generationsübergreifend familienfreundlich gestaltet werden – dafür treten wir ein.

Zugang zu Kulturangeboten

Senior*innen fehlen oft die finanziellen Mittel, das kulturelle Angebot in der Stadt zu nutzen. Weder im Schauspielhaus noch in der Oper gibt es einen Senior*innentarif. Deswegen setzen wir uns dafür ein, den Senior*innen den Besuch der städtischen Einrichtungen zu erleichtern.

Düsseldorf gemeinsam gegen Rechts

Die Stadtspitze versteht Düsseldorf gerne als internationale Stadt, besonders wenn es um große Investor*innen oder Firmen geht. Wir verstehen Düsseldorf jedoch als eine Stadt, die vor allem von der Diversität ihrer Einwohner*innen lebt. Um das interkulturelle Zusammenleben in unserer Stadt zu sichern, kämpfen wir im Stadtrat wie auf der Straße für die Rechte von Migrant*innen und gegen rechte Hetzer*innen.

Keine Abschiebungen aus Düsseldorf

In Düsseldorf soll jede und jeder unabhängig von ihrem oder seinem Aufenthaltsstatus ohne Sorge leben können. Das bedeutet, dass die Stadt ihre Einwohner*innen vor Abschiebung schützt. Aus diesem Grund wird Düsseldorf eine “Solidarity City” werden und jegliche Kollaboration mit Abschiebebehörden einstellen. Die Stimmen der Geflüchteten sollten über eine Vertretung des Flüchtlingsrates NRW im Integrationsrat gehört werden.

Selbstorganisierung von Migrant*innen-Interessen

Oftmals begegnen Vereine von Migrant*innen in Düsseldorf großen bürokratischen Hürden. Wir wollen die Prozesse der Vereinsgründung und der Beantragung von Fördergeldern erleichtern und somit die vielfältigen Interessenvertretungen von Migrant*innen in unserer Stadt garantieren.

Antifaschistische Bildungsarbeit fördern

Die Bedrohung durch rechten Terrorismus wächst. Rechtsradikale Schlägertrupps machen sich in NRW breit - auch in Düsseldorf. Sie sind offen faschistisch und stolz auf ihre Gewalttaten. Sie suchen die Nähe rechtsradikaler Parteien wie der AfD, der NPD und den Republikanern.

Bereits seit fünf Jahren kämpft “Düsseldorf stellt sich quer”, ein breites antifaschistisches Bündnis, gegen die Ausbreitung reaktionärer, faschistischer Initiativen, Parteien und ihrer Ideologie. DIE LINKE ist

aktives Mitglied dieses Bündnisses und wird auch in Zukunft den antifaschistischen Widerstand zusammen mit Initiativen, Gewerkschaften und anderen Parteien aufrechterhalten.

Diese Arbeit wird umfassend und nachhaltig sein. Das bedeutet Aufmerksamkeit für die betroffenen Stadtteile - Wirtschaftsförderung, Verbesserung der Infrastruktur, Streetwork und Förderung antifaschistischer Projekte und Veranstaltungen. Besonders Jugendliche sollen Zielgruppe dieser Projekte sein. Dafür werden regelmäßige Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten durch Schulen, Jugendorganisationen, Kinder- und Jugendräten und Anderen bezuschusst.

Einrichtung einer städtischen Antidiskriminierungsstelle

Rassistisch und religiös motivierte Diskriminierung und Übergriffe finden auch in Düsseldorf statt. Wir werden ermöglichen, dass Betroffene sich an eine städtische Beratungsstelle wenden können. Diese Stelle wird Hand in Hand mit existierenden Stellen, wie die SABRA - Servicestelle für Antidiskriminierung, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus -zusammenarbeiten.

Gute Dienstleistungen für die Bürger*innen – gute Personalbesetzung bei der Stadt

Düsseldorf ist inzwischen mit über 45.000 Beschäftigten die Hauptstadt der 450-EuroJobs geworden. Im Daimler Werk werden fast nur noch Leiharbeiter*innen eingestellt, im Einzelhandel gibt es fast keine Vollzeitstellen mehr, in der Gastronomie gibt es häufig ungeschützte „illegale“ Beschäftigung. In verschiedenen anderen Bereichen breitet sich die sogenannte „Scheinselbstständigkeit“ immer mehr aus, bei der es oft überhaupt keine Schranken der Ausbeutung mehr gibt: ungeregelte Arbeitszeiten, Bezahlung unter dem Mindestlohn, ohne Urlaubsanspruch oder ohne Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Aus diesem Grund setzt sich DIE LINKE für die Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro bei jeder Beschäftigung und für die Abschaffung der Leiharbeit ein - damit feste, unbefristete Arbeit wieder die Regel wird.

Im Bereich der Daseinsvorsorge hat die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte zu einer massiven Unterversorgung geführt. Die Überwindung des öffentlichen Investitionsstaus und der Ausbau öffentlicher Beschäftigung sind überfällig. Es ist eine Schande, dass in einer reichen Stadt wie Düsseldorf Menschen in Armut und Obdachlosigkeit leben, Kinder und Jugendliche aufgrund von Personalmangel keine bessere Bildung erhalten und kranke und pflegebedürftige Menschen nicht die notwendige Betreuung bekommen, weil auch in den Krankenhäusern und Altenheimen nicht die Bedürfnisse der Menschen, sondern die Profitorientierung im Vordergrund steht.

Für Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge

DIE LINKE in Düsseldorf fordert große öffentliche Investitionsprogramme zur Verbesserung der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur. Dies schafft Beschäftigung in Unternehmen und im öffentlichen Dienst. Die Beschäftigung im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen ist in Düsseldorf im internationalen Vergleich unterentwickelt und häufig schlecht bezahlt. Wir wollen in diesen Bereichen reguläre und tariflich bezahlte Arbeitsplätze schaffen und so zugleich dringende gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigen. Dazu gehört, dass die Stadt ausgegliederte Bereiche wieder in die Verwaltung zurückholt und die Vergabe von städtischen Aufgaben an private Unternehmen beendet. Wir setzen uns z.B. dafür ein, dass sämtliche Reinigungsarbeiten in städtischen Gebäuden ausschließlich von Beschäftigten der Stadt geleistet werden.

Stadtverwaltung als Vorbild – Schluss mit Verwaltung 2020

Die Stadtverwaltung und die städtischen Unternehmen mit ihren Beschäftigten sind Dienstleister für die Bürger*innen der Stadt. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Stadt und ihre Tochterunternehmen bei dem Prinzip der guten Arbeit mit gutem Beispiel voran gehen. Wir lehnen Leiharbeit als besonders perfide Verlagerung von städtischen Aufgaben ab. Leiharbeit ist nicht nur entwürdigend für die Beschäftigten, sondern meist auch schlecht bezahlt. Die Vergabe von Arbeit an private Unternehmen durch Werkverträge, wie z.B. im Schifffahrts- und Filmmuseum, wo hauptsächlich Student*innen mit niedriger Bezahlung beschäftigt sind, lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Planstellen der Stadt finanziert werden und das Projekt Verwaltung 2020 beendet wird. Eine wachsende Stadt kann nicht mit einer schrumpfenden Verwaltung verwaltet werden. DIE LINKE fordert, dass sachgrundlose Befristungen abgeschafft und Befristungen mit Sachgrund auf wenige Sachgründe (Vertretung nach dem Mutterschutzgesetz/Elternzeit, längere Erkrankungszeiten) beschränkt werden. In der Regel muss es unbefristete Arbeitsverhältnisse geben.

Jetzt direkt investieren

Düsseldorf muss in seine Zukunft investieren. Mit dem Verkauf der kohleunterstützenden RWE-Aktien wurde dafür ein guter Schritt getan. Dies wurde durch Druck von der Straße und auf wiederholten Antrag der LINKEN umgesetzt. Nun gilt es, privatisierte Unternehmen wieder in Besitz der Stadt zu bringen. Für die Bereiche Energie, Entsorgung, Verkehr, Wohnen und Bauen wollen wir die relevanten Unternehmen

wieder unter demokratische Kontrolle bringen. Wir schaffen so vernünftige Standards jenseits der menschen- und umweltfeindlichen Gewinnmaximierung. So garantieren wir gute tariflich bezahlte Arbeit, gute kommunale Leistungen und der Gewinn bleibt im Haushalt der Stadt.

Wirtschaft lenken und gute Arbeit belohnen

In Zukunft werden wir Grundstücke der Stadt nicht mehr verkaufen. Interessierte Unternehmen bekommen Erbpachtmöglichkeiten. So verbleibt das Grundstück nach Ende der Pacht in der Hand der Stadt und den Pächter*innen können Auflagen gemacht werden. Quoten für weibliche Beschäftigte, eine Betriebs-Kindertagesstätte oder bestimmte Lohnuntergrenzen und der Verzicht auf sachgrundlose Befristungen werden dann bindend sein. Die Stadt wird kontinuierliche Einnahmen haben und auf die Wirtschaft Einfluss nehmen, um gute Arbeit zu belohnen. Auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge muss die Stadt zur Bedingung machen, dass die Tarifbindung, das Ende von Leiharbeit und andere Voraussetzungen guter Arbeit eingehalten werden. Denn eine Arbeit ist die Grundlage einer solidarischen Stadtgesellschaft.

Finanzierung einer gerechteren Stadt

Für die Entwicklung Düsseldorfs hin zu einer gerechteren und erfolgreichen Stadt sollen gewinnbringende Großunternehmen mit in die Verantwortung genommen werden. Mit einer Infrastrukturabgabe werden wir die Unternehmen der Stadt am sozialökologischen Umbau des Verkehrs beteiligen. Schneller und klimafreundlicher durch die Stadt zu kommen wird sich positiv auf Gesundheit, Produktivität und Anfahrtszeiten der Arbeitenden auswirken. Auch werden wir die Hotels der Stadt durch eine Bettensteuer an der Verkehrswende beteiligen. Von einem fahrscheinlosen ÖPNV werden nicht nur deren Gäste profitieren. Mit einer Erhöhung der Gewerbesteuer werden wir besonders den Bau günstiger Wohnungen und den Ausbau eines leistungsfähigen, günstigen Bus- und Bahn-Angebots fördern. Dies kommt den lokalen kleinen und mittelständischen Betrieben in Düsseldorf direkt zugute, weil sich nicht allein deren Umsätze positiv entwickeln werden.

Wirtschaft gezielt für die Zukunft der Menschen fördern

Die Förderung von Unternehmensneugründungen mit innovativen, aber risikoreichen Konzepten (Start-ups), wird deshalb davon abhängig gemacht, dass Unternehmensanteile in den Besitz der Stadt übergehen - damit der Erfolg auch der ganzen Stadt zugutekommt. Migrant*innen schlagen besonders häufig den Weg in die Selbständigkeit ein, nutzen aber zu selten bestehende Beratungs- und Förderangebote. Im Budget der Wirtschaftsförderung wird deshalb ein neuer Bereich zur Förderung migrantischen Kleinunternehmertums eingerichtet.
Düsseldorfs Kleingewerbebetriebe, insbesondere Handwerksbetriebe, sichern die Versorgung der Einwohner*innen in den Stadtteilen. Diese Betriebe werden effektiv vor Verdrängung geschützt werden. In Düsseldorf wird viel Geld mit dem Tourismus verdient. Die Stadt fördert diesen Wirtschaftssektor stark. Künftig werden dabei aber der Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität der Einwohner*innen Vorbedingung sein.

Das Amt für Wirtschaftsförderung wird auf die Schaffung guter Beschäftigungsverhältnisse für die Masse der Düsseldorfer Einwohner*innen ausgerichtet werden. Dazu sollen Vertreter*innen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften einbezogen werden. Es wird außerdem neue Aufgabe des Amts für Wirtschaftsförderung, im Vorgriff des Strukturwandels Bedarf an Weiterbildung für die Beschäftigten zu erheben, gezielte Weiterbildungsmaßnahmen zu konzipieren und zu organisieren. Es wird ebenfalls neue Aufgabe der Wirtschaftsförderung, die Abbruchquote in der Ausbildung zu senken und die Menschen der Stadt digital weiterzubilden.

„Für eine digitale Stadt, von der alle profitieren"

In den letzten Jahren hat die digitale Entwicklung enorme Fortschritte gemacht. Die Technologien werden immer nützlicher und die Gesellschaft wird zunehmend offener für den Gebrauch von digitalen Hilfsmitteln in ihrem Leben.

Aufbau einer kommunalen digitalen Infrastruktur

Deshalb werden wir gemeinsam mit den Menschen der Stadt diese Technologien allen zu unser aller Vorteil zur Verfügung stellen. Dafür benötigen wir schnelles Internet für alle. Dazu gehören Breitbandanschlüsse für alle Haushalte und Unternehmen, der Ausbau von öffentlich zugänglichen WLAN-Punkten und der flächendeckende Ausbau schnellen Mobilfunks. So werden wir nicht nur unseren Einwohner*innen den Zugang ermöglichen. Mit einer modernen Infrastruktur werden wir besonders kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen, Arbeitsplätze hier zu erhalten und auszubauen. Der unzureichende aktuelle Ausbaustand ist auf das Versagen privater Technologie-Unternehmen zurückzuführen. Die digitale Infrastruktur bleibt daher in städtischer Hand bzw. wird in diese überführt. Der flächendeckende Ausbau von Glasfaserkabeln ist dabei unsere erste Maßnahme. Somit werden wir gleiche digitale Lebensverhältnisse überall in Düsseldorf gewährleisten können.

Diese Infrastruktur gilt es besonders in Schulen auszubauen, mit Breitband und IT-Fachpersonal. Auch sollen Weiterbildungsangebote für Einsteiger*innen im digitalen Bereich ausgeweitet werden. Alle Menschen sollten die Vorzüge der Digitalisierung nutzen können. Um auch unterwegs den Einwohner*innen die Nutzung des Internets zu gewährleisten, muss die Stadt kostenlose Hotspots zur Verfügung stellen. Nicht nur im Stadtzentrum, sondern auch in allen anderen Stadtgebieten.
Außerdem werden wir mehr Personal im digitalen Arbeitsfeld in der Stadtverwaltung aufbauen, um Prozesse zu beschleunigen und Daten transparenter für die Menschen in Düsseldorf darzustellen. Dazu setzen wir, soweit möglich, auf Open-Source-Software. Gleichzeitig werden wir

die Daten der Stadt Düsseldorf und ihrer Einwohner*innen selbst verwalten und nicht verkaufen. Der kommunale Datenreichtum gehört der Allgemeinheit, der er dient.

Smart City für die Menschen in Düsseldorf

Smart City ist ein Schlagwort, wenn es um die Digitalisierung der Kommunen geht. Mit Smart City ist ein Entwicklungskonzept gemeint, das darauf abzielt, Städte und Gemeinden durch verknüpfte Mess- und Signalsysteme effizienter, ökologischer und sozial inklusiver zu gestalten. Das Konzept ermöglicht zum Beispiel vernetzte und emissionsarme Verkehrsangebote von Tür zu Tür, eine Reduzierung des Lieferverkehrs von Paketdiensten oder die effiziente Speicherung von erneuerbaren Energien. Wir gestalten die Smart City demokratisch und vollkommen ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Menschen hier in Düsseldorf. Es müssen barrierefreie Maßnahmen entwickelt werden, welche sich positiv auf die sozioökonomischen Belange der Bürger*innen auswirken. Somit fördern wir Beteiligung der Menschen an demokratischen Prozessen, sparen Kosten in Verwaltung, optimieren die Mobilität und unterstützen die Umwelt.

Senior*innen, Menschen mit Behinderung oder geringem Einkommen müssen alle von solchen Projekten profitieren können. Dafür müssen alle Einwohner*innen konsequent in einen demokratisch organisierten Digitalisierungsprozess eingebunden werden. Zudem darf die Digitalisierung nicht zu einem Abbau von Persönlichkeitsrechten und Datenschutz führen. Dauerüberwachung und Profilerkennung lehnen wir ab.

Recht auf Stadt - meine, deine oder unsere Stadt?

Wer entscheidet eigentlich, was mit unserer Stadt passiert? Wollen wir Olympische Spiele austragen, einen Weltraumbahnhof bauen oder europäische Kulturhauptstadt werden? Was passiert mit meinem Viertel? Wird die Eckkneipe bleiben? Werde ich hier wohnen bleiben können? Wie viele SUVs sind genug? Gibt es ein Maximum für Junggesellenabschiede in der Stadt? Die Menschen in Düsseldorf werden diese Fragen beantworten. Denn wir wissen, dass Düsseldorf so großartig ist, aufgrund der Menschen, die hier leben. Was wir im Ehrenamt und in unserer Freizeit tun, prägt unsere Stadt. Doch Stück für Stück gibt es immer weniger Räume zur Gestaltung. Spekulant*innen und Miethaie verkaufen das Lebensgefühl des Viertels, während die verdrängt werden, die es erzeugen.

Demokratie im Alltag

Wir wollen, dass die Ideen und Meinungen aller Menschen in Düsseldorf in die Stadtgestaltung einfließen. Daher streben wir kurzfristig ein Bürger*innenbudget im Haushalt an. Dadurch können die Düsseldorfer*innen mitbestimmen, welche Projekte durch die Stadt finanziert werden. Auch die altersspezifischen Gremien Jugend- und Seniorenrat, als gewählte Gremien der jungen und alten Menschen in Düsseldorf, werden jeweils ein eigenständiges Budget verwalten können. Ebenso soll die Gemeinschaft von freien Künstler*innen in Düsseldorf ein solches Jahres-Budget bekommen, mit dem diese Projekte und Räume frei gestalten können. Demokratische Strukturen gestalten dann unsere Stadt.

Perspektivisch wollen wir Nachbarschaftsräte in Düsseldorf ins Leben rufen. Diese aus jeweils 200 Bürger*innen bestehenden Räte erhalten ein eigenes Budget und ein Antrags- und somit Mitgestaltungsrecht in der jeweiligen Bezirksvertretung.

Demokratie soll ins tägliche Leben der Düsseldorfer*innen Einzug halten. Die Stimme wird dann nicht nur bei Wahlen abgegeben, sondern alltäglich genutzt. Wenn wir im Nachbarschaftsrat aktiv sind, uns sozial engagieren oder einfach mehr Zeit mit unseren Kindern und Enkeln verbringen, brauchen wir Zeit. Eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich sehen wir daher als wichtigen und notwendigen Entwicklungsschritt an.

Infrastruktur in Stadtteilen

Das Leben der Stadt ist auf die Innenstadt fokussiert. Das werden wir ändern. Wir werden die Kulturangebote, Nahversorgung, Einkaufsmöglichkeiten und kleine Betriebe erhalten bzw. sie wieder in die Viertel holen, aus denen sie zu verschwinden drohen. Somit werden unsere Viertel lebendiger, unsere Wege kürzer und wir begegnen unseren Nachbar*innen beim Plausch beim Bäcker um die Ecke.

Unsere Stadt - Unsere Bilder

Eine Stadt im neoliberalen Spätkapitalismus ist vor allem eins: eine Belastung für die Sinne. An jeder Bushaltestelle und von vielen Häuserwänden flackert uns Werbung an. Die visuelle Verschmutzung unserer Stadt mit Reklame in der Nacht ist zu einer zunehmenden Belastung für unser Wohlbefinden geworden. Überreizt, dauerbeschallt und gestresst sollen wir ständig mehr und mehr Dinge kaufen. Wir werden die Werbung im öffentlichen Raum massiv reduzieren und auch dem Lichtsmog in der Stadt den Kampf ansagen. Die frei werdenden Flächen und Räume gestalten wir gemeinsam.

Legalisierung wird vorangetrieben

Den begangenen Weg zur Legalisierung von Cannabis wollen wir weiter bis zum Ziel gehen. Der im Rat beschlossene Antrag zum Modellprojekt für den legalen Verkauf ist ein Ergebnis öffentlichen Drucks und der Arbeit der LINKEN im Stadtrat. Damit sind wir deutschlandweit ganz vorn dabei. In der Hoffnung, mit diesem kommunalen Projekt auch bundesweit endlich die Legalisierung umsetzen zu können, werden wir bei den zuständigen Bundesbehörden weiter Druck machen.

Eine Stadt für alle

Wenn wir uns in der Stadt entspannt und sorgenfrei bewegen wollen, brauchen wir eine barrierefreie Sicherung der Grundbedürfnisse. Wir werden daher kostenlose öffentliche Toiletten, Trinkwasserbrunnen und Parkbänke massiv ausbauen. So laden unsere Viertel zum Verweilen ein und sorgen für zusätzliche Entspannung.

Die Probleme von fehlenden Räumen in der neoliberalen Stadt treffen Menschen in unterschiedlicher Art und Weise. Fehlender Wohnraum, fehlende Räume für kulturelle oder soziale Projekte oder einfach Räume für jungen Menschen um dort Zeit zu verbringen. Wer sich dann öffentlichen Raum nimmt, wird nicht selten von staatlichen Institutionen angegangen. Diese Räume werden wir wieder gemeinsam erkämpfen. Mit einem Housing-First-Programm, dem Budget für Kulturschaffende und einer Jugendcluboffensive gehen wir an die Wurzeln.

Wir sind alle Düsseldorfer*innen. Ob schon hier geboren oder vor ein paar Jahren zugezogen. Wir werden die Stadt solidarisch entwickeln und aufeinander achten. Sicherheit schaffen wir gegenseitig durch Begegnung und durch Teilhabe an der Gesellschaft. Das können wir nicht mit bewaffneten Ordnungskräften oder Kameraüberwachung schaffen.

Wir werden gemeinsam eine Stadt für alle bauen, in der nicht der Kontostand über Einflussmöglichkeiten entscheidet. Eine soziale und zukunftsorientierte Stadt braucht die Ideen, Zeit und Arbeit der Menschen. Wir als DIE LINKE Düsseldorf verstehen eine Stadt als das Ergebnis der Menschen, die in ihr leben und sie gestalten. Wie soll Ihr Düsseldorf aussehen? Jetzt sind Sie gefragt. Wir brauchen Sie auf der Straße, in der Partei und am 13. September 2020 mit Ihren Stimmen für die Mehrheit in Düsseldorf. Dann gestalten wir gemeinsam ein Düsseldorf für alle.